

## Amtliches.

Der Preussische Staats-Anzeiger enthält in seinem amtlichen Theile vom 8. Januar Folgendes:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc.

verordnen auf Grund des Artikels 105. der Verfassungs-Urkunde, nach dem Antrage Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

Die nach §. 1. der Verordnung vom 8. März 1832 (Gesetz-Sammlung Seite 119) zur Räumung des Schnees von den Chaussees zu leistende Hülfe der Einwohner des Orts, in deren Feldmark sich der Schneefall ereignet, soll künftig nicht mehr unentgeltlich gefordert, sondern dafür in gleicher Weise, wie dies in §. 3. der gedachten Verordnung bestimmt ist, das zu der Zeit am Orte gewöhnliche Tagelohn aus der Chaussee-Bau-Kasse gezahlt werden.

Urkundlich unter Unserer Höchst-eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insegelel.

Gegeben Charlottenburg, den 6. Januar 1849.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Gr. v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel.  
v. Strottha. Rintelen. v. d. Heydt.

Für den Finanz-Minister.  
Kühne.

Graf v. Bülow.

## Deutschland.

\*\* Wenn man bedenkt, welchen Segen für Ackerbau, Handel und Gewerbe, der durch große Opfer Preußens in das Leben gerufene, und bisher im Leben erhaltene Zollverein über die 23 Millionen Deutsche gebracht hat, welche der Zollverein umfaßt, der kann sich denken, warum die Deutschen vor allen Dingen eine solche Einigung für ganz Deutschland begehrt haben und erstreben. Und nicht bloß einen Zollverein über ganz Deutschland erstrebt der Deutsche, sondern auch eine solche politische Einigung für Deutschland, welche es jedem Deutschen möglich macht, auch im Ausland sich stolz als Deutschen zu bekennen, welche durch Schutz, und kräftigen Schutz des deutschen Handels, die deutsche Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr so erhebt und stärkt, daß die deutsche Arbeit das was sie hervorgebracht, auch außerhalb Deutschlands zu Markte bringen, und ohne Bedrückung, eben so gut an den fremden Mann bringen kann, wie dies mit den englischen und französischen Arbeitserzeugnissen geschieht. Dazu brauchen wir ein deutsches Reich. Leider will die linke Seite der frankfurter Deputirten davon nichts wissen, weil sie sich nicht um das Wohl des deutschen Volkes kümmern, sondern nur darum glaubt nach Frankfurt geschickt zu sein, um den Traum einer Republik, und gar einer deutschen Republik lebendig zu machen. Die Verblendeten sehen nicht ein, wie unmöglich es ist so etwas auszuführen, und sie glauben nicht an das Unheil und den Untergang alles Wohlstandes und alles Verkehrs, welchen der Versuch der Republik in Deutschland herbeiführen würde. Die Deputirten der Rechten, wohin Gott sei Dank auch fast alle unsere westfälischen Abgeordneten gehören, wollen nun zwar von solchen Träumereien nichts wissen, aber sie werden bei allen guten Bestrebungen durch die linke Seite der Reichsversammlung gestört, und können deshalb auch nichts zu Stande bringen. Dazu kommt noch, daß die Oesterreicher auf Anweisung der Oesterreichischen Regierung nichts weniger wollen, als daß ein freies deutsches Reich zu Stande komme. Das Oesterreichische Ministerium will noch, wie es unter Metternich geschah, daß in Deutschland nicht mehr Recht und Freiheit sei als in Oesterreich — und wie es da aussieht, sei Gott geklagt. — Jene fremde von den Czaren gelenkte Regierung will, daß die deutschen Staaten in Wien die Befehle für ihr Thun und Lassen erhalten sollen. Damit dies so recht zu unserm Verderben geschehe, sollen zu Wien über die Angelegenheiten des deutschen Reiches einige 30 Millionen Böhmen, Polen, Croaten, Dalmatier, Serben, Slaven und Italiener durch ihre Deputirten mit berathen.

Das würde eine traurige deutsche Geschichte werden, und mit deutschen Freiheiten wäre es zu Ende. Die Slaven haben so die Natur der Franzosen, welche sich auch weniger aus der wahren Freiheit machen, als aus der Herrschaft. Wenn sie nur andern Völkern befehlen können, so sind sie befriedigt, für den Fall selbst, daß sie in ihrem Lande unter dem Befehle eines glücklichen Soldaten, oder eines gefesselten Despoten stehen.

Zum Unglücke für Deutschland werden nun gar die Oesterreichischen Deputirten durch viele Baiersche und Hannoversche Abgeordnete unterstützt. Diese suchen ihr undeutsches Verfahren durch das Borgeben zu verdecken, als handelte es sich um die Aufrechterhaltung Süddeutschlands gegen die Macht Norddeutschlands, oder gar als ob es sich um die Religion handelte. Soviel sieht aber jeder Verständige, daß es sich nicht um die Unterdrückung eines Theiles Deutschlands durch den andern Theil, oder einer Confession durch eine andere handelt, sondern darum, daß wir nicht alle durch die fremden Völker, die Franzosen, Engländer

und Russen arm gemacht, bekriegt, besiegt und unterjocht werden. Sollen wir etwa warten, bis unsere Religion, unsere Freiheit, unsere Ehre, unser Vermögen durch Russen oder Franzosen unterstügt und vermehrt werden? Wer kann es wagen, an so etwas zu denken, ohne ein Verräther am deutschen Vaterlande zu sein? Erinnern sich denn die Männer und Frauen unter uns nicht mehr an den Hohn und den Uebermuth der Fremden, an die Schmach, mit der alles Deutsche und Alles, was dem Deutschen heilig ist, mißhandelt wurde? Wer wird dreist genug sein zu behaupten, daß ein von allen Seiten uneiniges und zerrissenes Deutschland im Stande sein könnte, einem Anfälle der Feinde zu widerstehen, die es von allen Seiten mit Reid und Gier umlagern? Gott möge Deutschland erleuchten! Gott segne Preußen! Und seien wir selbst wachsam!

**Frankfurt, 3. Januar.** Wir erfahren aus guter Quelle, daß gestern an den hiesigen österreichischen Bevollmächtigten eine Note seiner Regierung vom 28. December eingelaufen ist, worin als Antwort auf das Gagern'sche Programm erklärt wird, Oesterreich werde eine deutsche Verfassung nur anerkennen, wenn dieselbe mit seiner Zustimmung zu Stande komme, welche nun um so mehr eingeholt werden müsse, als es nach der bisherigen Verfassung in Deutschland den Vorzug zu führen habe. Einer Gesandtschaft bedürfe es nicht. Von den Beschlüssen der National-Versammlung soll in der Note mit keinem Worte die Rede sein. Wir müssen erwarten, in den Stand gesetzt zu werden, den Inhalt genauer mitzutheilen. — Nach Dem aber zu urtheilen, was wir bis jetzt erfahren, bedauern wir, fürchten zu müssen, daß diejenigen Recht behalten, welche glauben, Oesterreich befreie sich nicht, zur baldigen Herstellung eines in sich geschlossenen starken Deutschlands beizutragen. Die Mehrheit der National-Versammlung wird nun zu zeigen haben, ob sie ihre Aufgabe versteht. Fr. D. P. A. Z.

**Frankfurt, 4. Jan.** Man sieht Gagern's Sturz jetzt ziemlich allgemein als unzweifelhaft an, vorzüglich seit der Inhalt der österreichischen Note über die wir gestern berichteten, in der National-Versammlung bekannt geworden.

**Würzburg, 2. Januar.** Die hiesige Zeitung enthält einen Artikel aus München vom 31. December datirt, worin es unter Andern heißt: "Die Gerüchte und Verdächtigungen Bayerns in der deutschen Sache, die besonders die Allgemeine Zeitung jetzt aufwärmt, ermangeln allen Grundes. Die bayerische Regierung hat niemals an einen „Sonderbund“, von dem man sogar die Vertragsurkunde in Frankfurt gesehen haben will, mit andern Mächten gedacht. Ein solcher wäre überdem eine Abgeschmacktheit, da jedem deutschen Staate seine Zustimmung oder Modification der Frankfurter Beschlüsse rechtmäßig zusteht, und alle deutschen Staaten unter einander über diese Verfassungsfrage conferiren, wie sich von selbst versteht. Kein Staat hat die alleinige Konstituierung des National-Parlaments anerkannt. Uebrigens kann ich Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß Preußens Regierung jetzt bestimmt das Kaiserthum nicht nur abgelehnt sondern auch verworfen hat." Preußen will vielmehr und macht den Vorschlag, daß die deutsche Verfassung nach dem Entwurfe der National-Versammlung mit einem eigens deshalb berufenen Staatenhaufe, und einem Fürstenhaufe vereinbart werde." (Diese Nachricht ist, was Preußen angeht, falsch.)

**Riel, 2. Januar.** Während wir längst aus den Blättern erfahren haben, daß im Norden Schlesiens mehrere dänisch gesinnte Bauern sich weigern, die Kriegsteuer zu entrichten, so dürfte es doch nicht allgemein bekannt sein, daß wir auch in Holstein einen Renitenten haben, dessen Weigerung in politischer Hinsicht eine weit größere Bedeutung beizulegen sein möchte. Der Landgraf Wilhelm zu Hesse-Kassel, vormals General in dänischen Diensten und Gouverneur von Kopenhagen, Schwager Christian VIII. und Vater des präsumtiven Thronerben Dänemarks, besitzt die an der holsteinischen Ostküste belegenen herrlichen Güter Paulker, Schmoel, Hohenfelde und Glampe, für welche die bis jetzt fällige Grund- und Hypothekensteuer zur Stunde noch nicht entrichtet ist. Es ist deshalb militärische Execution angeordnet und acht Dragoner lassen es sich auf den Gütern des Landgrafen wohl sein. Mit Ende dieses Monats läuft diese Execution ab, worauf die Auspfändung eintritt. — Die Nachricht der Berling'schen Zeitung, daß der Baron Carl Plessen, einer der wenigen Holsteiner, welche sich der dänischen Sache angeschlossen haben, mit einer Sendung nach Berlin beauftragt sey, um die schleunige (!) Entrichtung des Ersatzes für die jütländischen Contributionen zu fordern, hat hier ungemeines Aufsehen erregt. Da die Dänen, im Widerspruche mit den klarsten Bestimmungen der Waffenstillstands-Convention, Alsen und Arroe im Besitze behalten, so sprechen sie dadurch allerdings einen Verzicht auf die Erfüllung diesseitiger Verbindlichkeiten aus. Die Antwort, welche Herr v. Plessen in Berlin erhalten wird, läßt sich also leicht im Voraus sagen. — Es ist von Seiten unserer Stadt ein Antrag an die Regierung in Betreff der Fortificationen unseres Hafens beschlossen worden. H. E.